

Anda Filip/Marin Stanescu

Rumänien und die OSZE

Die Wurzeln des KSZE-Prozesses

Für ein mitteleuropäisches Land wie Rumänien, das nach dem Zweiten Weltkrieg im Einflußbereich der kommunistischen Sowjetunion lag und seinen angestammten Platz in der Familie der freien und demokratischen Staaten Europas erst ein halbes Jahrhundert später wieder einnehmen konnte, war die KSZE/OSZE stets ein einzigartiges gesamteuropäisches Forum für den politischen Dialog und ein unverzichtbarer Rahmen, in dem alle Teilnehmerstaaten wichtige sicherheitspolitische Fragen diskutieren konnten.

Rumäniens aktive Rolle in diesem Prozeß geht weit zurück. Historisch gesehen, begannen die Bemühungen, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu organisieren, einige Jahre, bevor die erste KSZE-Konferenz tatsächlich zusammentrat. Dies war in einer Phase relativer Entspannung in den Ost-West-Beziehungen, als man eine Politik des Ausgleichs zwischen Staaten mit divergierenden Interessen einem die Spaltung noch vertiefenden Kalten Krieg vorzuziehen begann.

Auf der 20. regulären Sitzung der VN-Generalversammlung im Dezember 1965 initiierte Rumänien die Resolution 2129, "Handlungen auf regionaler Ebene, die geeignet sind, die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen europäischen Staaten mit unterschiedlichen sozialen und politischen Systemen zu verbessern". Diese Resolution, die damals die Unterstützung von weiteren acht europäischen Staaten - sowohl neutralen und nicht-paktgebundenen als auch NATO- und Warschauer Pakt-Mitgliedern - fand, stellte fest: Die Generalversammlung "begrüßt das wachsende Interesse an der Entwicklung von gutnachbarlichen Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten mit unterschiedlichen sozialen und politischen Systemen auf politischem, wirtschaftlichem, technischem, wissenschaftlichem, kulturellem und anderen Gebieten" und "betont die Bedeutung, Kontakte zwischen diesen Staaten aufrechtzuerhalten und auszubauen, mit dem Ziel, eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern des europäischen Kontinents im Hinblick auf die Stärkung von Frieden und Sicherheit in Europa mit allen erdenklichen Mitteln zu entwickeln".

Nur wenige Monate später, am 6. Juli 1966, griffen die Warschauer Pakt-Staaten diese Idee auf und verabschiedeten die Bukarester Erklärung, die die Bedeutung der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zur Diskussion sicherheitsrelevanter Fragen und die Notwendigkeit einer tatsäch-

lichen europäischen Zusammenarbeit auf der Basis der friedlichen Regelung von Streitfällen, Konsultationen und Informationsaustausch über Themen gemeinsamen Interesses betonte. Damit sollte zur Entwicklung des Austauschs auf technischem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet beigetragen werden. Nach dieser Erklärung würde eine solche Konferenz dem Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa dienen und somit ein Ereignis von überragender historischer Bedeutung für den Kontinent darstellen.

Drei Jahre später, im Budapester Appell vom 17. März 1969, stellten dieselben osteuropäischen Staaten nachdrücklich fest, daß bei ihren Kontakten zu anderen europäischen Staaten seit der Bukarester Erklärung keine Regierung eines europäischen Staates die Idee einer gesamteuropäischen Konferenz abgelehnt hätte und daß es reelle Chancen gäbe, diese Initiative in die Praxis umzusetzen. Mit dem Argument, daß eine solche Konferenz den Interessen aller europäischen Staaten diene und ihnen ermöglichen würde, gemeinsam Mittel und Wege zu finden, die Spaltung Europas in Militärblöcke zu überwinden und die friedliche Kooperation zwischen den europäischen Staaten und Völkern sicherzustellen, richteten die Teilnehmer einen Appell an alle Regierungen, ihre Kräfte zu bündeln und Europa zu einem Kontinent fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Nationen, in einen Hort der globalen Stabilität, des Friedens und der Verständigung zu verwandeln.

Während der dreijährigen Vorbereitungsverhandlungen über die Verfahrensregeln und die Organisation des Helsinki-Gipfels von 1975, die auf Initiative der finnischen Regierung zustandekamen, fungierte Rumänien als treibende Kraft einer größeren Gruppe kleiner und mittlerer neutraler und nicht-paktgebundener Staaten, die nachdrücklich eine demokratische Orientierung des KSZE-Prozesses unterstützten. Damals genoß Rumänien noch erhebliches internationales Ansehen für seine kreative und unabhängige Außenpolitik. Rumäniens herrschende politische Klasse verstand damals unter europäischer Sicherheit ein System klarer und präziser Verpflichtungen, dem sich alle Staaten aus freiem Willen anschließen und das von greifbaren Maßnahmen der Art begleitet sein würde, die allen Staaten das Gefühl geben würden, sicher vor jeglichen Aggressionen zu sein, sich frei nach ihren eigenen Interessen und ihrem eigenen Willen zu entwickeln und auf der Basis der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts zusammenarbeiten zu können.

Was die Verfahrensfragen betraf, so setzte sich Rumänien für das Rotationsprinzip des Vorsitzes bei Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen ein, plädierte für die gleichberechtigte Teilnahme aller Staaten - ohne Ansehen der Zugehörigkeit zu militärischen Bündnissen - an allen Debatten und Verhandlungen und für ein Konferenzsekretariat mit ausschließlich tech-

nischen Aufgaben. Um zu gewährleisten, daß diese Regeln korrekt eingehalten wurden, setzte sich Rumänien dafür ein - und letztlich auch durch -, das Konsensprinzip bei der Beschlußfassung einzuführen.

Was die wesentlichen Inhalte der gesamteuropäischen Konferenz betrifft, orientierte sich Rumänien an dem Konzept, daß jedes europäische Sicherheitssystem, das diesen Namen verdient, auf dem Prinzip der Enthaltung der Androhung oder Anwendung von Gewalt beruhen müsse, und erreichte, daß dieses Prinzip an zweiter Stelle in den Helsinki-Dekalog aufgenommen wurde - gleich nach dem Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten. Darüber hinaus setzte sich Rumänien für eine breite und präzise Definition dieses Prinzips und des ergänzenden der friedlichen Regelung von Streitfällen ein. Andere Initiativen wie die Annahme vertrauens- und stabilitätsbildender Maßnahmen, die Sicherstellung eines breitgefächerten Programms im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit oder die Ausarbeitung eines Rahmens zur Fortsetzung der Kooperation zwischen den Teilnehmerstaaten wurden ebenfalls in die Schlußakte von Helsinki aufgenommen.

Die Versuche der KSZE, den Kalten Krieg zu überbrücken

Die folgenden anderthalb Jahrzehnte sind durch ein offensichtliches Interesse an den beiden ersten Körben des KSZE-Prozesses, politische und militärische Fragen einerseits und Wirtschaftsfragen andererseits, gekennzeichnet, ferner durch ernsthafte Vorbehalte gegenüber westlichen Vorschlägen im Bereich der menschlichen Dimension. Dies geht aus den rumänischen Initiativen und denen anderer Staaten bei den Folgetreffen hervor - besonders deutlich bei der Wiener Folgekonferenz (1986-1989). Rumänien betrachtete Fragen der menschlichen Dimension aus einer "fundamentalen" Perspektive, d.h. es maß dem Recht auf Leben, Arbeit, Bildung, Wohnung u.ä. besonderen Wert bei und tat die vom Westen so hoch geschätzten bürgerlichen und politischen Rechte als "Nebenaspekte" ab. Rumänien betrieb dadurch eine Obstruktionspolitik gegenüber Themen wie dem Recht der Bürger, sich - allein oder gemeinsam mit anderen - für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten einzusetzen, der Freiheit von Gläubigen, Kontakte zu Gleichgesinnten im In- und Ausland zu unterhalten und auszubauen, sowie auch gegenüber der Einrichtung eines Überwachungsmechanismus zur Einhaltung der Verpflichtungen, die die Teilnehmerstaaten im Bereich der menschlichen Dimension eingegangen waren.

Rumäniens Auftreten in der KSZE nach dem Kalten Krieg

Mit dem Fall der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa im Jahre 1989, einschließlich des Ceausescu-Regimes in Rumänien, begann eine neue Ära gesamteuropäischer Kooperation. Das Ende des Kalten Krieges erlaubte es erstmals allen Teilnehmerstaaten gleichermaßen, dasselbe System politischer, wirtschaftlicher, moralischer und kultureller Werte zu teilen und gemeinsame Ziele zu formulieren, die ohne die frühere - durchaus beabsichtigte - Zweideutigkeit auskamen, die die KSZE-Dokumente vor 1989 nur allzu oft kennzeichnete. Rumänien leitete seine neuen Beziehungen zur und innerhalb der KSZE mit der Rücknahme seiner Vorbehalte ein, die es gegen das Schlußdokument des Wiener Folgetreffens von 1989 zum Ausdruck gebracht hatte, und nahm eine offene und kooperative Haltung ein, um sich in das gesamteuropäische Forum zu reintegrieren. Eine neue Außenpolitik definierte seine strategischen Interessen in Richtung auf europäische und euro-atlantische Strukturen, namentlich die OSZE, den Europarat, die Europäische Union, die NATO und die WEU. Dabei ging man von der Annahme aus, daß die neue Sicherheitsarchitektur als ein harmonisches Netz von ineinandergreifenden und sich gegenseitig unterstützenden Beziehungen konzipiert sein sollte. Es war daher selbstverständlich, daß in diesem Netzwerk der OSZE eine besondere Bedeutung zukommt. Dieses europäische Sicherheitskonzept und die der OSZE darin zugedachte Rolle präsentierte Rumänien den anderen Teilnehmerstaaten in einem Dokument mit dem Titel "Die europäische Architektur und die Stärkung der Sicherheit in Europa" anlässlich des ersten Ministerrattreffens in Berlin im Juni 1991.

Seither hat sich Rumänien bemüht, sich an die neuen Entwicklungen innerhalb der KSZE anzupassen und gleichzeitig zu dem Prozeß beizutragen, die Organisation in ein nützliches und effizientes Instrument zur Konfliktverhütung und zum Krisenmanagement umzuwandeln. Darüber hinaus bemüht sich Rumänien um einen kooperativen und umfassenden Zugang zu Fragen der europäischen Sicherheit. Unter diesem Leitmotiv wurden verschiedene Vorschläge zur Bewältigung der immer zahlreicheren und komplexeren Risiken und Herausforderungen, denen sich Europa heute gegenüber sieht, ausgearbeitet. In den neunziger Jahren konzentrierten sich Rumäniens Aktivitäten in der OSZE - sowohl in Wien als auch bei zahlreichen speziellen Tagungen - auf:

- die Durchsetzung und Implementierung von OSZE-Prinzipien und -Normen in den internationalen und inter-europäischen Beziehungen,

- mit besonderem Gewicht auf die Erhaltung der OSZE als Forum des Dialogs und politischer Konsultationen;
- die Hilfestellung für die OSZE bei der Anpassung an die neuen Gegebenheiten nach dem Kalten Krieg durch die präzise Abgrenzung der OSZE-Aufgaben und Zuständigkeiten einerseits und Kooperationsformen mit anderen europäischen und euro-atlantischen Institutionen mit ähnlichen Interessen andererseits, wobei Überschneidungen weitestgehend vermieden werden sollten;
 - die Ausweitung und Verbreiterung des OSZE-Teilnehmerkreises durch die wohlwollende Aufnahme der neuen Staaten, die aus der ehemaligen Sowjetunion und Jugoslawien hervorgegangen waren;
 - die Erweiterung der operativen Fähigkeiten der OSZE und der Funktionen und Mechanismen, die OSZE-Gremien zur Verfügung stehen, soweit es Präventive Diplomatie, Frühwarnung, Krisenmanagement und Konfliktnachbearbeitung betrifft.

Kooperative Sicherheit als "Herzstück" der OSZE-Aktivitäten

In der festen Überzeugung, daß Sicherheitsfragen das zentrale Thema der OSZE darstellen, hat Rumänien von jeher die Entwicklung des OSZE-Ansatzes der kooperativen Sicherheit auf der Basis von Demokratie, Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit unterstützt, der jeden Versuch, andere Staaten zu dominieren, ausschließt und im Gegenteil gegenseitiges Vertrauen und die friedliche Beilegung von Streitfällen zur Grundlage hat. Rumänien teilt die Ansicht, daß die OSZE eine zentrale Rolle beim angestrebten Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitsraumes spielen kann und muß, der auf der Anerkennung und Einhaltung genau definierter Werte und Verpflichtungen sowie Verhaltensnormen basiert, einschließlich des Rechtes jedes einzelnen Teilnehmerstaates, seine Sicherheitsvereinbarungen frei zu wählen oder zu verändern - einschließlich von Bündnisverträgen.

Nach der Lissabonner Gipfelerklärung vom Dezember 1996 sind alle Teilnehmerstaaten aufgerufen, bilaterale und regionale Initiativen zu unterstützen, die auf die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen und Zusammenarbeit gerichtet sind. Da kein Staat in der Lage ist, den Herausforderungen, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges ergeben haben, allein zu begegnen, ist es darüber hinaus notwendig, feste Arbeitsbeziehungen zwischen den verschiedenen Institutionen und Organisationen zu etablieren, die auf diesem Gebiet tätig sind (OSZE, Europäische Union, Westeuropäische Union, NATO, Europarat, Vereinte Nationen), ebenso wie

mit subregionalen Abmachungen und Initiativen. Rumänien beteiligt sich aktiv an solchen Formen der subregionalen Kooperation wie dem Schwarzmeer-Kooperationsabkommen, der Zentraleuropäischen Initiative, der Southeast European Cooperative Initiative/SECI sowie der multilateralen Zusammenarbeit in Südosteuropa.

In diesem Zusammenhang ist Rumänien natürlich an der aktiven Beteiligung an den Diskussionen über ein neues Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert interessiert, das das legitime Recht der Staaten zur Integration in europäische und euro-atlantische Strukturen beinhalten muß, wenn sie dies wünschen. Gleichzeitig muß es denjenigen Staaten, die sich dagegen entscheiden, die Möglichkeit bieten, sich über einen ausgefeilten Konsultationsmechanismus zu beteiligen.

Höchste Priorität in der rumänischen Außenpolitik - und dies wurde auch so in der OSZE zum Ausdruck gebracht - hat die Entwicklung fester gutnachbarlicher und kooperativer Beziehungen als unverrückbarer Pfeiler von Stabilität und Sicherheit in der Region. Hier hat Rumänien seinen speziellen Beitrag zur Definition der Ziele des Stabilitätspaktes für Europa geleistet und später dazu beigetragen, diese Initiative in ein nützliches und praktiziertes Beispiel guter Nachbarschaft umzusetzen. Das könnte ein Modell auch für andere Regionen sein, z.B. den Kaukasus, die Mittelmeerregion und Südosteuropa. Als Folgemaßnahme zu diesen Bemühungen hat Rumänien vorgeschlagen, einen regionalen runden Tisch einzurichten, der sich der historischen Aussöhnung und dem Wiederaufbau in Südosteuropa widmet und einen Prozeß einleitet, der zu guter Nachbarschaft, Stabilitäts- und Sicherheitsbildung in dieser unruhigen Region führen soll. Diese Übung in guten Beziehungen, besser bekannt als "Royaumont-Prozeß", soll in Einklang mit der Pariser Erklärung vom 13. Dezember 1995 auf der Basis gleicher und fairer Teilhabe aller Staaten Südosteuropas entwickelt werden.

Was Rumäniens Beziehungen zu seinen eigenen Nachbarn angeht, so sollte vielleicht nicht unerwähnt bleiben, daß Rumänien im Rahmen der OSZE den Vorschlag und die Einladung zur historischen Aussöhnung mit Ungarn unterbreitet hat - vergleichbar dem deutsch-französischen Modell nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit der moralischen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der OSZE, wurde nach einigen Jahren der Verhandlungen der bilaterale Vertrag über Verständigung, Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen Rumänien und Ungarn im August 1996 unterzeichnet. Dieser Vertrag wird nun umgesetzt. Darüber hinaus haben die Ergebnisse der rumänischen Wahlen vom November 1996 es erstmals in der rumänischen Geschichte ermöglicht, daß die ungarische Minderheit (etwa sieben Prozent der Bevölkerung) der Re-

gierungskoalition beitreten und sich direkt am politischen Entscheidungsprozeß Rumäniens beteiligen konnte.

Im selben Geiste steht auch ein bilateraler Vertrag mit der Ukraine kurz vor dem Abschluß, ebenso wie ein besonderes Abkommen mit der Republik Moldau, das die gemeinsamen historischen und kulturellen Grundlagen beider Länder berücksichtigt. In diesem allgemeinen Kontext der Wiederaufnahme traditioneller Verbindungen in Mitteleuropa haben sich erstmals nach nahezu zehn Jahren wieder enge Beziehungen entwickelt, geprägt von Solidarität sowie aktiver und strategischer Partnerschaft; im Falle Rumäniens z.B. mit Ungarn, Polen und der Ukraine.

An den Aktivitäten der KSZE/OSZE im Bereich der Politik und der Sicherheit - einschließlich des Forums für Sicherheitskooperation - hat Rumänien sich durch die getreue Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) sowie der Bestimmungen aus den Dokumenten zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen beteiligt. Rumänien hat sich des Weiteren für die Übernahme zusätzlicher Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten bei der Proliferation nuklearer und chemischer Waffen sowie der Kontrolle des Transfers konventioneller Waffen und Militärtechnologie eingesetzt. Darüber hinaus hat Rumänien den multilateralen Open-Skies-Vertrag ratifiziert, der noch in Kraft gesetzt werden muß, und hat ihn bereits in seinen bilateralen Beziehungen zu Ungarn erfolgreich umgesetzt.

Rumänien hat auch seiner Bereitschaft zur aktiven Zusammenarbeit mit den anderen OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Implementierung politischer und militärischer Übereinkommen, die beim Budapester Gipfeltreffen (1994) angenommen wurden, Ausdruck verliehen; dies betrifft den Entwurf des künftigen Rüstungskontrollrahmens, die Definition der politisch-militärischen Dimension des neuen Sicherheitsmodells für das 21. Jahrhundert und die Umsetzung des Wiener Dokuments von 1994. Da Rumänien nach dem KSE-Vertrag zur Flankenregion gehört, ist es daran interessiert, daß die Probleme, die aufgrund der Positionen der Russischen Föderation und der Ukraine in diesem Bereich aufgetreten sind, schnell und effizient im Sinne des Geistes und der wichtigsten Vorgaben des Dokuments gelöst werden, damit sie nicht zu einer Konzentration konventioneller Waffen an verschiedenen Stellen des Anwendungsgebietes führen. Diese Entwicklungen beinhalten ein erhebliches Destabilisierungspotential und sollten deshalb um jeden Preis vermieden werden.

Im Laufe der Jahre hat Rumänien außerdem große Anstrengungen unternommen, das beachtliche OSZE-Potential zur friedlichen Konflikt- und Streitbeilegung zu nutzen. Ein besonderer Fall auf diesem Gebiet ist Rumäniens Interesse an einer politischen Lösung der Transnistrien-Krise in der Republik Moldau. Besonderen Wert legt man dabei darauf, der Region

einen für beide Seiten akzeptablen Status zu verleihen, der auf der Souveränität und territorialen Integrität Moldaus und dem frühzeitigen, geordneten und vollständigen Abzug der russischen Truppen basiert. Ein weiteres Beispiel ist Rumäniens konstruktives Engagement bei den Aktivitäten der OSZE-Mission in Bosnien-Herzegowina, das durch traditionell gute Beziehungen Rumäniens zu allen neuen Staaten des ehemaligen Jugoslawien erleichtert wird. Hier liegt der Schwerpunkt bei der Unterstützung der Implementierung des Dayton-Abkommens und der Organisation und Beobachtung freier und fairer Kommunalwahlen.

Erst kürzlich hat Rumänien seiner Bereitschaft, sich an Peacekeeping-Operationen zur Stabilisierung der unruhigen Balkanregion zu beteiligen, Taten folgen lassen, indem es zusammen mit sieben weiteren europäischen Staaten Truppen nach Albanien geschickt hat. Diese wurden auf Empfehlung der OSZE und mit der Autorisierung der Vereinten Nationen entsandt, um die humanitäre Hilfe abzusichern und Frieden und Ordnung in der Region wiederherzustellen.

Akzente bei der wirtschaftlichen und menschlichen Dimension von Sicherheit

Im Kontext ökonomischer Sicherheit und um die Bedeutung der begonnenen Reformen in Mittel- und Osteuropa zu unterstreichen, hat Rumänien angeregt, ein spezielles OSZE-Organ einzurichten, das den Transformationsprozeß hin zur Marktwirtschaft unterstützen soll. Diese Initiative wurde von einer Reihe weiterer Staaten - einschließlich der USA - aufgegriffen und erhielt ihren Segen in Gestalt des OSZE-Wirtschaftsforums. Durch dessen Möglichkeiten hat Rumänien seine Position, daß der wirtschaftlichen Dimension der OSZE als einem wichtigen Element des globalen und umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE von den Teilnehmerstaaten größeres Gewicht beigemessen werden sollte, stärken können. Tatsächlich haben ja die jüngsten Ereignisse in Transformationsländern wie Bulgarien und Albanien das Ausmaß gezeigt, in welchem die Vernachlässigung der ökonomischen Dimension zu Instabilität, Spannungen und sogar Konflikten führen kann.

Deshalb ist Rumänien an einer Aufwertung der ökonomischen Dimension der OSZE interessiert, insbesondere was die Identifizierung von Problemfeldern und möglichen Lösungen, die Teilnahme am Prozeß des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der südosteuropäischen Region und die klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten der ECE/Vereinten Nationen und anderer regionaler Wirtschaftsorganisationen angeht. Die OSZE sollte sich auch mit den drängenden sozialen Fragen in Transformationsländern be-

fassen (Arbeitslosigkeit, illegaler Drogenhandel etc.), um den Transformationsprozeß zu unterstützen und zu verhindern, daß es zu sozialen Verwerfungen kommt. Aus diesem Grund würde Rumänien es begrüßen, wenn die soziale und ökonomische Dimension der OSZE integraler Bestandteil des gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodells für Europa im 21. Jahrhundert würde.

Was die Aktivitäten im Bereich der menschlichen Dimension der OSZE betrifft, so ist Rumänien konsequent für die bessere und effizientere Nutzung vorhandener Ressourcen der OSZE-Einrichtungen und -Mechanismen eingetreten. Es ist der Meinung, daß deren Potential noch erheblich besser eingesetzt werden kann.

Rumäniens eigene Erfahrungen sind durch eine Reihe von Schlüsselthemen geprägt. In erster Linie hat sich die Zusammenarbeit mit der Institution des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten der OSZE positiv entwickelt. Das zeigt sich in dem nahezu einem Dutzend Besuchen von Max van der Stoep in Rumänien seit Juni 1993. Diese trugen zu einem besseren Verständnis der Situation in Rumänien innerhalb der internationalen Gemeinschaft ebenso bei wie zur Milderung gewisser Animositäten auf der Ebene inter-ethnischer Beziehungen im Lande. Auf dem Budapester Überprüfungstreffen im Jahre 1994 trat die rumänische Delegation als einer der Initiatoren und Förderer für die Einrichtung einer OSZE-Kontaktstelle für Fragen der Sinti und Roma innerhalb des Warschauer Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte ein. Im Mai 1995 organisierte die rumänische Regierung im Rahmen des Internationalen Jahres der Toleranz in Zusammenarbeit mit der OSZE und dem Europarat und unter der Schirmherrschaft der UNESCO ein Internationales Seminar über Toleranz in Bukarest, das sich breiter Teilnahme von Regierungsbeamten, Repräsentanten nichtstaatlicher und internationaler Organisationen erfreute und Fragen von entscheidender Bedeutung für Europa und die Welt behandelte.

Rumänien gehört ohne Zweifel zu denjenigen neuen Demokratien des Kontinents, die in erheblichem Umfang von den Erfahrungen und Instrumenten westlicher Staaten und internationaler Organisationen beim Aufbau einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft, die auf Rechtsstaatlichkeit, der Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten - einschließlich derer von Personen, die nationalen Minderheiten angehören -, profitiert haben. Für die Zukunft würden wir gern die eigenen Erfahrungen an Staaten weitergeben, die noch immer Probleme auf diesem Gebiet haben. Darüber hinaus ist Rumänien der Auffassung, daß alle OSZE-Teilnehmerstaaten der Einhaltung von wiederholt eingegangenen Verpflichtungen bei Freizügigkeit, menschlichen Kontakten, kultureller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit mehr Beachtung schenken sollten.

Diese Verpflichtungen scheinen unglücklicherweise trotz ihrer Bedeutung ein wenig marginalisiert worden zu sein und sind doch zweifellos grundlegende Voraussetzungen für die gemeinsamen Bemühungen, ein friedliches, vereintes und demokratisches Europa aufzubauen.

Die Zukunft der rumänischen Teilnahme an der OSZE

Für die heutige OSZE als eine heterogene asiatisch-europäische Institution mit aktiver Beteiligung zweier mächtiger nordamerikanischer Staaten stellt Rumänien aufgrund seiner geopolitischen Besonderheiten - seiner Lage am Schnittpunkt zwischen Ost und West sowie als Bindeglied zwischen Nordeuropa und dem mediterranen Süden - ein bedeutendes Potential dar. Ein Land wie Rumänien - mit traditionell guten Beziehungen sowohl zur Türkei als auch zu Griechenland, zu Kroatien wie zu Serbien, zu Mazedonien ebenso wie zu Albanien - könnte ein unverzichtbares Instrument innerhalb der OSZE im Rahmen der Anstrengungen dieser Organisation sein, Frieden, Sicherheit und Stabilität auf dem ganzen Kontinent zu verbreiten. Während der Krisensituationen, die auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion entstanden, hat sich Rumänien als eine "Insel der Stabilität" in der Region erwiesen - als solider "Sicherheitsanbieter" und nicht nur als -konsument. Es diene auf diese Weise den Interessen des ganzen Kontinents.

Ein zusätzlicher Vorteil ist Rumäniens traditioneller Ansatz für die europäische Sicherheit, wobei die Betonung auf der Bedeutung der Einhaltung des Völkerrechts und der Zusammenarbeit bei der Beilegung von Streitfällen liegt.

Rumäniens Interesse und Entschlossenheit, seine aktive Teilnahme an der OSZE fortzusetzen, sind fest und bedingungslos, unabhängig von seiner möglichen zukünftigen Mitgliedschaft in anderen europäischen und euro-atlantischen politischen und sicherheitspolitischen Institutionen. Ausdruck dieses Interesses ist die von Rumänien übernommene Verpflichtung, sein Engagement in OSZE-Mechanismen und -Strukturen zu verstärken (ständige Einrichtungen, Vor-Ort-Missionen), sowie die durch den rumänischen Präsidenten Constantinescu auf dem Lissabonner Gipfeltreffen 1996 bekundete Absicht, in naher Zukunft einmal die Verantwortung zu übernehmen, den Amtierenden Vorsitzenden zu stellen, und dabei auf den positiven Erfahrungen aufzubauen, die Rumänien bislang gemacht hat.